S 61 KR 1466/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen

Sozialgericht Landessozialgericht Niedersachsen-

Bremen

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung -

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 61 KR 1466/19 Datum 13.07.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 KR 344/21 Datum 17.08.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Hildesheim vom 30. Juni 2021 wird zur $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!\!4}$ ckgewiesen.

Kosten sind nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

Tatbestand

Â

Die Kl \tilde{A} 1 gerin begehrt die Kosten \tilde{A} 1 4bernahme f \tilde{A} 1 4r eine Mammaaugmentationsplastik (MAP).

Bei der 1970 geborenen KlĤgerin wurde 1996 eine Ĥsthetische Augmentation beidseits mit Kochsalzimplantaten zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung vorgenommen. Im Frù⁄₄hjahr 2017 stellte sie sich beim Frauenarzt wegen einer Prothesenleckage links vor. Im Zuge der präoperativen Abklärung zeigte sich ein Insitu-Karzinom. Beide Implantate wurden im Rahmen der Brustkrebstherapie entfernt. Präoperativ hatte die Klägerin eine Lifting-Operation zur Schaffung eines guten kosmetischen Ergebnisses abgelehnt, da sie definitiv die Wiedereinlage von Implantaten zu einem späteren Zeitpunkt wù⁄₄nschte (vorläufiger OP-Bericht vom 3. Mai 2017).

Mit Schreiben vom 24. April 2019 beantragte die Klägerin bei der Beklagten die Kostenýbernahme fþr eine BrustvergröÃ□erung. Die IKK habe ihr im Jahr 1996 eine Kostenþbernahme fþr Brustimplantate wegen psychischer Probleme bewilligt. Sie habe zuvor ein B-Körpchen getragen und fþlle nun nicht mal mehr ein A-Körpchen aus. Die operierte rechte Brust sei im Seitenvergleich deutlich kleiner und habe eine sichtbare Auskerbung (Delle). Die Klägerin könne kein Schwimmbad mehr besuchen und traue sich nur noch mit weiter Bekleidung in die Ã□ffentlichkeit. Da die Brþste als â□□paariges Organâ□□ gesehen würden und als Einheit betrachtet werden müssten, erstrecke sich der Antrag auf KostenÃ⅓bernahme auf beide Brþste. Die Klägerin acht Farbfotos von ihrem Oberkörper in unbekleideten Zustand einreichte.

Mit Bescheid vom 12. Juni 2019 lehnte die Beklagte eine Kostenübernahme ab, da keine medizinische Indikation vorliege. Dagegen legte die KlAzgerin Widerspruch ein. In seiner Stellungnahme vom 28. August 2019 kam der MDK nach kA¶rperlicher Untersuchung zu der Beurteilung, dass eine eingezogene Narbe mit Weichteildefekt rechte Mamma nach Sementresektion bei DCIS und nachfolgender Radio vorliege. Die rechte Brust sei von Form und GrA¶A∏e zum KA¶rperbild der KlA¤gerin zwar eher klein, aber noch passend. Die rechte Brust sei nach stattgehabter Bestrahlung etwas fester und straffer als die linke. Die linke Brust weise der Einteilung nach Regnault folgend keine echte Mammaptose auf. Ein krankheitswertiger Zustand oder entstellender Charakter aufgrund von GröÃ∏e und Form der Brþste lasse sich nicht ableiten. Die medizinischen Voraussetzungen fA¼r eine LeistungsgewĤhrung seien nicht erfļllt. Mit Schreiben vom 30. August 2019 teilte die Beklagte der KlĤgerin mit, dass die medizinischen Voraussetzungen einer MAP mit Silikonimplantaten nach Beurteilung durch den MDK nicht vorlĤgen. Empfohlen werden kA¶nne vom MDK jedoch eine Narben- bzw Weichteilkorrektur. Insoweit kA¶nne nach RA¼cksprache mit einer Klinik ein entsprechender Leistungsantrag gestellt werden. Mit Widerspruchsbescheid vom 15. November 2019, zugestellt am 21. November, wies die Beklagte den Widerspruch unter Hinweis auf die Beurteilung durch den MDK zurÄ¹/₄ck.

Die KlĤgerin hat am 20. Dezember 2019 Klage beim Sozialgericht (SG) Hildesheim erhoben. Zur Begründung hat sie auf den Arztbrief des G. Krankenhauses vom 3. März 2019 verwiesen, in dem auch seitens des Krankenhauses die Wiederherstellung beiderseitiger Brüste durch Implantate aus medizinisch

psychologischen $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nden als dringend notwendig angesehen worden sei. Die Kl \tilde{A} $^{\times}$ gerin sei seit 2017 psychisch massiv angegriffen. Die Dellen im Brustgewebe seien medizinisch \tilde{A} $^{\times}$ u \tilde{A} $^{\times}$ erst bedenklich und k \tilde{A} $^{\times}$ nnten weitere Folgeerkrankungen hervorrufen. Zudem habe keine Heilbehandlung seitens der Beklagten vorgelegen, sondern eine Verschlechterung und Verschlimmerung des Zustands und \tilde{A} $^{\times}$ rperliche Missbildung \tilde{A} $^{\times}$ und Deformierung.

Mit Urteil vom 30. Juni 2021 hat das SG die Klage abgewiesen. Die KlĤgerin leide ausweislich sÄxmtlicher der Kammer vorliegenden medizinischen Unterlagen nicht an einer behandlungsbedļrftigen Krankheit. Es liege kein regelwidriger Körperzustand vor. Aus der stattgehabten Entfernung des Karzinoms mit anschlieÃ⊓ender Bestrahlung ergebe sich kein Anspruch auf die begehrte Krankenbehandlung. Weder sei es bei der KlAzgerin zur Entfernung der BrustdrÃ1/4sen gekommen noch gehe es um die Rekonstruktion des operativen Drüsengewebes; vielmehr gehe es um die Wiederherstellung des früheren Zustandes. Selbst wenn man von einer eingeschrĤnkten oder fehlenden FunktionsfĤhigkeit der Brustdrļsen ausginge, kĶnnte dies durch Einsetzen eines Implantates nicht behoben werden. Auch das Erscheinungsbild der KlĤgerin sei nicht behandlungsbedürftige. Die vorliegende anatomische Abweichung wirke nicht entstellend. Für die Frage der Entstellung sei die Erscheinung im bekleideten Zustand maÃ\geblich. Die Erheblichkeitsschwelle sei keinesfalls Ã\dangeblich. Die Erheblichkeitsschwelle sei keinesfalls Ã\dangeblich. Die kA¶rperliche AuffA¤lligkeit mache sich nicht schon bei flA¾chtiger Begegnung in alltÃxglichen Situationen guasi im Vorbeigehen bemerkbar. Die Kammer habe sich im Rahmen der mündlichen Verhandlung einen Eindruck verschafft. Die Asymmetrie der Brüste sei im bekleideten Zustand nicht erkennbar.

Krankheitswert könne aus Sicht der Kammer allein die operationsbedingte Weichteildelle haben. Eine Korrektur der Weichteildelle könne aber nicht durch eine MAP erreicht werden. Dazu wäre die von der Beklagten mit Schreiben vom 30. August 2019 in Aussicht gestellte Behandlung durch eine operative Weichteil bzw Narbenkorrektur geeignet, die von der Klägerin jedoch nicht verfolgt werde. Eine mögliche psychische Belastung aufgrund des Erscheinungsbildes rechtfertige keinen operativen Eingriff. Zudem befinde sich die Klägerin nicht in psychiatrischer Behandlung.

Gegen das ihr am 14. Juli 2021 zugestellte Urteil hat die KlĤgerin am 16. Juli 2021 Berufung beim Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen eingelegt. Das SG sei ihren tatsĤchlichen EinschrĤnkungen nicht weiter nachgegangen und habe lediglich darauf hingewiesen, dass sie keine psychologische Behandlung aufgenommen habe. Es sei vollkommen widersinnig, der KlĤgerin abzuverlangen, sich mit einer Situation, die nicht der normalen Ä□sthetik des weiblichen KĶrpers entspreche, zufrieden zu geben und eine Akzeptanz durch eine ggfs jahrelange Therapie zu entwickeln, wenn es durch eine gezielte Operation eine LĶsung gebe. Das Vorliegen einer Krankheit sei vom SG nicht hinreichend untersucht worden. Dazu hĤtte es einer Ĥrztlichen Begutachtung bedurft. Die Funktion der weiblichen Brust sei nicht auf die Stillfunktion beschrĤnkt, vielmehr spiele die Brust im Rahmen der SexualitĤt eine tragende Rolle im Sinne eines wesentlichen erotischen Reizes fĽr den Sexualpartner. Bei Verkennung einer derartigen Funktion der

weiblichen Brust durch das SG und Beurteilung einer Entstellung in bekleidetem Zustand ziehe das SG einen Zirkelschluss. Die Klägerin legt das Attest der internistischen Hausarztpraxis H. vom 1. Juni 2022 vor. Danach haben sich konsekutiv die psychischen Folgen auch aufgrund der postoperativ eingetretenen Asymmetrie wiedereingestellt und sich mittlerweile zu einer mittelgradigen Episode ausgeweitet. Die Klägerin habe eine medikamentöse antidepressive Therapie beginnen mýssen.

Â

Die KlĤgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Hildesheim vom 30. Juni 2021 sowie den Bescheid der Beklagten vom 12. Juni 2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 15. November 2019 aufzuheben und

die Beklagte zu verurteilen, der Klägerin die begehrte Krankenhausbehandlung wegen Brustkorrektur/BrustvergröÃ∏erung zu gewähren.

Â

Die Beklagte beantragt,

die Berufung abzuweisen.

Sie verweist auf ihren erstinstanzlichen Vortrag.

Â

Die Beteiligten sind mit Verfügungen vom 30. März 2022 und 20. Juni 2022 zu einer Entscheidung im Beschlussverfahren angehört worden und hatten Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts sowie des Vorbringens der Beteiligten im A

beigezogenen Verwaltungsvorgang der Beklagten verwiesen.

Â

Entscheidungsgründe

Â

Nach <u>§ 153 Abs 4</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) kann das LSG, auÃ∏er in den Fällen des § 105 Abs 2 Satz 1, die Berufung durch Beschluss zurückweisen, wenn es sie einstimmig für unbegründet und eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hält. Der Senat hält die Voraussetzungen für erfüllt.

Die Berufung ist gem $\tilde{A} = \tilde{A} = \tilde$

Die Klage ist als kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage nach $\frac{\hat{A}\S}{54}$ Abs 1 und 4 SGG zul \tilde{A} xssig, aber nicht begr \tilde{A} 1/4ndet. Die Kl \tilde{A} xgerin ist weder durch die nach Implantatenfernung kleineren Br \tilde{A} 1/4ste noch durch die als Operationsfolge aufgetretene Brustasymmetrie in einer K \tilde{A} 1 rperfunktion beeintr \tilde{A} xchtigt (dazu 1.) noch wirkt die anatomische Abweichung entstellend (dazu 2.). Auch eine psychische Erkrankung der Kl \tilde{A} xgerin rechtfertigt den operativen Eingriff nicht (dazu 3.).

Gesetzlich Versicherte haben nach <u>§ 27 Abs 1 SGB V</u> Anspruch auf Krankenbehandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhA1/4ten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. Die Krankenbehandlung umfasst ua Ĥrztliche Behandlung einschlieÄ∏lich Psychotherapie und Krankenhausbehandlung (§ 27 Abs 1 Satz 2 Nr 1 und 5 SGB V). Nach <u>§ 12 Abs 1 SGB V</u> müssen die Leistungen ausreichend, zweckmäÃ∏ig und wirtschaftlich sein, sie dürfen das MaÃ∏ des Notwendigen nicht überschreiten. Leistungen, die nicht notwendig oder unwirtschaftlich sind, kA¶nnen Versicherte nicht beanspruchen, dürfen die Leistungserbringer nicht bewirken und die Krankenkassen nicht bewilligen. A Eine Krankheit im Rechtssinne ist ein regelwidriger, vom Leitbild des gesunden Menschen abweichender KA¶rper- und Geisteszustand, der Äxrztlicher Behandlung bedarf oder den Betroffenen arbeitsunfĤhig macht. Dabei legt die hĶchstrichterliche Rechtsprechung einen objektiven Krankheitsbegriff zu Grunde. Krankheitswert im Rechtssinne kommt nicht jeder körperlichen UnregelmäÃ∏igkeit oder seelischen Abweichung vom Leitbild des gesunden Menschen zu. Erforderlich ist vielmehr, dass der Versicherte in seinen Körperfunktionen beeinträchtigt wird oder, dass er an einer Abweichung vom Regefall leidet, die entstellend wirkt. A Die Funktionsst Afrung muss ein Ausma A erreichen, dass aus objektiver medizinischer Sicht eine Äxrztliche Behandlung erfordert (ständige Rechtsprechung des BSG zuletzt, Urteil vom 10. März 2022, B 1 KR 3/21 R mwN).

Â

1.) Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung kommt einer körperlichen oder seelischen Abweichung erst dann Krankheitswert zu, wenn durch sie die Ausübung psychophysischer Funktionen erschwert wird. Die Funktionsstörung muss ein AusmaÃ☐ erreichen, das aus objektiver medizinischer Sicht eine ärztliche Behandlung erfordert. Hier fehlt es an der erforderlichen Funktionsbeeinträchtigung. Zudem wäre die begehrte Behandlung in Form der MAP nicht dazu geeignet, etwaige Funktionsmängel der Brust, insbesondere eine mangelnde Stillfähigkeit, zu beheben. Entgegen der Ansicht der Klägerin ist für die Beurteilung einer Funktionsstörung und die medizinische Notwendigkeit einer operativen Behandlung nicht auf die Einordnung der weiblichen Brust als sekundäres Geschlechtsmerkmal abzustellen. Das hat das BSG in seinem

j \tilde{A}^{1} /angsten Urteil nochmals bekr \tilde{A} ¤ftigt. Denn der operative Brustaufbau betrifft letztlich nur das Aussehen der Brust und eine vermeintlich hieran ankn \tilde{A}^{1} /apfende gesellschaftliche Erwartung. Die rein psychophysische Funktion des Organs wird durch Gr \tilde{A} ¶ \tilde{A} \Box e, Asymmetrie bzw narbenbedingte Dellenbildung nicht beeintr \tilde{A} ¤chtigt (BSG aaO).

Inwiefern sich aus dem Arztbrief des I. Krankenhauses vom 3. März 2019 die medizinische Notwendigkeit der begehrt MAP-Behandlung ergeben soll, ist nicht nachvollziehbar. Im Arztbrief wird lediglich der Wunsch der Klägerin zur Wiederherstellung gröÃ∏erer Brýste berichtet sowie die Aufklärung und Information über verschiedene Möglichkeiten einer Brustkorrektur einschlieÃ∏lich moderner Implantattechnologie.

Zudem hat die Beklagte die KlĤgerin mit Schreiben vom 30. August 2019 darauf hingewiesen, dass der MDK eine Narben- bzw Weichteilkorrektur empfehlen kĶnne. Nach Rļcksprache mit einer Klinik kĶnne die KlĤgerin einen entsprechenden Leistungsantrag stellen. Einen derartigen Leistungsantrag hat die KlĤgerin nie gestellt. Darauf wird bereits im erstinstanzlichen Urteil hingewiesen. Das erscheint vor dem Hintergrund auch plausibel, dass die KlĤgerin ausweislich des OP-Berichtes vom 3. Mai 2017 bereits prĤoperativ definitiv die Wiedereinlage von Implantaten zu einem spĤteren Zeitpunkt wļnschte. Aus diesem Grunde lehnte sie damals eine Lifting-Operation zur Schaffung eines guten kosmetischen OP-Ergebnisses ab.

Â

2.) Die BrustgröÃ∏e und â∏asymmetrie bewirkt bei der Klägerin auch keine Entstellung, die den Bedarf nach einer MAP-Versorgung begrÃ⅓nden könnte.

Das wird im erstinstanzlichen Urteil zutreffend dargelegt, auf das zur Vermeidung von Wiederholungen nach <u>§ 153 Abs 2 SGG</u> Bezug genommen wird. A Nur ergänzend wird darauf hingewiesen, dass es ausgehend vom objektiven Krankheitsbegriff für die Bewertung der Entstellung nicht auf eine subjektive oder persönliche Einschätzung der Klägerin als Betroffener ankommt. Der erste Senat des BSG hat den jüngsten Fall der BeeintrÃxchtigung aufgrund einer Brustasymmetrie zum Anlass genommen, seine Rechtsprechung fortzuentwickeln. Eine Entstellung kann in eng begrenzten AusnahmefĤllen auch an ý blicherweise von Kleidung bedeckten Kö rperstellen mö glich sein. Da die gesellschaftliche Teilhabe ganz überwiegend im bekleideten Zustand erfolgt, ist die Erheblichkeitsschwelle jedoch bei AuffĤlligkeiten im Gesichtsbereich deutlich eher überschritten, als an sonstigen, regelmäÃ∏ig durch Kleidungsstücke verdeckten Bereichen des KĶrpers. In diesen Bereichen mýssen die AuffÄxlligkeiten deshalb besonders schwerwiegend sein. Erforderlich ist, dass selbst die Offenbarung im privaten Bereich die Teilhabe, etwa im Rahmen der SexualitÄxt, nahezu ausschlie̸en würde. Hierbei ist nicht das subjektive Empfinden der Betroffenen maà geblich, sondern allein die objektiv zu erwartende Reaktion. Die Auffälligkeit muss evident abstoÃ∏end wirken (BSG aaO). Diese Erheblichkeitsschwelle wird ausweislich der acht vorliegenden Farbfotos, die den

Oberkörper der KlÃxgerin in unbekleidetem Zustand zeigen, nicht ansatzweise Ãx4berschritten.

Vor dem Hintergrund der von der h\(\tilde{A}\) chstrichterlichen Rechtsprechung nachgesch\(\tilde{A}\) arften Ma\(\tilde{A}\) st\(\tilde{A}\) be und der acht Im Verwaltungsvorgang enthaltenen Farbfotos ist die Beurteilung im vorliegenden Einzelfall ohne pers\(\tilde{A}\) nliche Inaugenscheinnahme der Kl\(\tilde{A}\) gerin in bekleidetem Zustand als Tatfrage m\(\tilde{A}\) glich. Daher musste sich der Senat nicht veranlasst sehen, m\(\tilde{A}\) ndlich zu verhandeln und das pers\(\tilde{A}\) nliche Erscheinen der Kl\(\tilde{A}\) gerin anzuordnen.

3.) Eine psychische Belastung der Klägerin aufgrund ihres Erscheinungsbildes rechtfertigt ebenfalls keinen operativen Eingriff auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung.

Auch dieser Umstand wird im angefochtenen Urteil bereits dargelegt. In seinem jýngsten Urteil zum Brustaufbau hat das BSG bekräftigt, dass psychische Leiden einen Anspruch auf eine Operation zum Brustaufbau nicht begründen können. Dabei verneint der erste Senat eine Rechtfertigung für Operationen am gesunden Körper zur Behebung von psychischen Störungen vor allem wegen der Schwierigkeiten einer Vorhersage der psychischen Wirkungen von körperlichen Veränderungen und der deshalb grundsätzlich unsicheren Erfolgsprognose. Das gilt jedenfalls so lange, wie medizinische Erkenntnisse zumindest Zweifel an der Erfolgsaussicht von Operationen zur Ã□berwindung einer psychischen Krankheit begrþnden Der damit aufgestellte Grundsatz wäre nur dann zu überprüfen, wenn sich die wissenschaftliche Bewertung der generellen psychotherapeutischen Eignung chirurgischer Eingriffe wesentlich geändert hätte (BSG aaO mwN).

Unter diesen UmstĤnden kann der erkennende Senat zu Gunsten der KlĤgerin das Vorliegen einer psychischen Belastung unterstellen, obwohl diese nicht nachgewiesen ist. Die KlĤgerin befindet sich trotz einer hausĤrztlich bescheinigten mittelgradigen depressiven Episode nicht in fachĤrztlicher Behandlung. Das im Berufungsverfahren vorgelegte hausĤrztliche Attest, das vom Wiederaufleben der psychischen Folgen spricht, die sich mittlerweile zu einer mittelgradigen depressiven Episode gesteigert haben sollen, ist sehr allgemein gehalten. So wird weder ein Beschwerdeverlauf dargelegt, noch werden Symptome aufgeschlĽsselt oder die medikamentĶse Therapie benannt.

Â

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193 SGG</u>.

Ein Grund, die Revision zuzulassen (§ 160 Abs 2 SGG) ist nicht ersichtlich.

Â

Â

Â

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â

Erstellt am: 29.08.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024